

Horst Debusmann
Sebastian-von-Heusenstamm-Straße 2
63150 Heusenstamm

Datum: 18.06.2015
Telefon: (06104) 6 76 17
e-Mail: HD-63150@t-online.de

Kopie an:

CSU, Adreas Scheuer
SPD, Yasmin Fahimi
FDP, Nicola Beer
Die Grünen, Steffie Lembke
Die Linke, Klaus Ernst

Petitionsausschuss Bundestag
CDU, Heusenstamm
SPD, Heusenstamm
FDP, Heusenstamm
Bündnis 90/Die Grünen, Heusenstamm

Redaktion Offenbach Post

Horst Debusmann | Seb.v.Heusenstamm-Str. 2 | 63150 Heusenstamm

Offener Brief

Generalsekretär
Peter Tauber (CDU)
Platz der Republik 1

11011 Berlin

Betreff: „Wahlmüdigkeit Kampf angesagt“

Bezug: Tauber fordert nationale Debatte über Wahlbeteiligung

Sehr geehrter Herr Tauber,

mit Bezug auf einen Artikel in der Offenbach Post vom 01.06.2015 „Auf Ehrlichkeit setzen“ fordern Sie angesichts sinkender Beteiligung an Wahlen eine nationale Debatte über den Wert und das Funktionieren von Demokratie:

„Ich glaube, dass die einfachen Lösungen – eine Woche lang wählen, die Stimme nicht nur im Wahllokal abgeben, längere Öffnungszeiten der Wahllokale – das Problem nicht an der Wurzel greifen“, ... „Man wird ganz anders und viel langfristiger darüber reden müssen, wie Demokratie überhaupt funktioniert.“

Eine Antwort über das „Funktionieren“ gab Robert Bosch bereits im Jahre 1921:

„Immer habe ich nach dem Grundsatz gehandelt: Lieber Geld verlieren als Vertrauen. Die Unantastbarkeit meiner Versprechungen, der Glaube an den Wert meiner Ware und an mein Wort standen mir stets höher als ein vorübergehender Gewinn.“

Die Gründe für Politikverdrossenheit und daraus resultierende niedrige Wahlbeteiligung sind satzungsbekannt, werden aber bewusst verdrängt. Wenn wie zuletzt in Bremen (Anlage 1) die **Partei der Nichtwähler 50,4% (!)**, die „ehemaligen“ Volksparteien SPD 16,3% bzw. CDU nur noch 11,1% der Stimmen erhalten, dann hat das handfeste Gründe. **Wenn** Aussagen der Politiker vor der Wahl – endlich „an der Macht“ – wieder einkassiert, **wenn** langjährige Verträge von Politikern rückwirkend gekündigt und damit ad absurdum geführt werden, **wenn** Bestands- und Vertrauensschutz nur noch für Investoren und Schwerverbrecher gilt, aber nicht für sich selbst vorsorgende Bürger, dann geht unendlich viel Vertrauen verloren, es läuft etwas schief in diesem Staat. Ihre Forderung zur nationalen Debatte über Wahlbeteiligung und Demokratie wird wie bisher nur eine Showveranstaltung bleiben. Man wird über Symptome diskutieren, ignoriert aber die Ursachen nach dem Motto „Es kann nicht sein, was nicht sein darf“. Bitte belehren Sie mich eines Besseren.

Ein klassisches Beispiel ist die bekannte Aufforderung „Die Rente reicht nicht, tut was für eure Altersvorsorge“. Mehr als sechs Millionen Arbeitnehmer vertrauten der Politik und zahlten aus ihrem bereits versteuerten und mit Sozialabgaben belegten Weihnachtsgeld in eine Direktversicherung, Entgeltumwandlung war der „Lockvogel“. Am Tag der Auszahlung gab es ohne Vorwarnung eine böse Überraschung: Im Gesundheitsmodernisierungsgesetz wurde beschlossen, das ist eine BETRIEBSRENTE (!!!), obwohl der Arbeitgeber im Regelfall keine eigenen Beiträge geleistet hatte und auch keine Haftung übernahm (demnach kein Versorgungsbezug). Die Kehrseite der Medaille: Es müssen ab dem 1.1.2004 bei Auszahlung auch für Altverträge erneut Krankenkassenbeiträge 10 Jahre lang von ca. 17,5% (hier AN- UND AG-Anteil) gezahlt werden; war nie Vertragsbestandteil und wurde damit zum Minusgeschäft der spendenden Bürger. Statt Belohnung „Abzocke“. Erst animieren, dann kassieren!

Ein glatter Vertragsbruch, „pacta sunt servanda“ wird ein deutsches Auslaufmodell – im krasen Widerspruch zu Zitaten hochrangiger Regierungsmitglieder, u.a.:

Herr Dr. Schäuble (CDU):

„Wir haben Verträge in Europa, und die europäische Kultur hat auch damit etwas zu tun, dass man sich an geschlossene Verträge hält!“

Weitere Statements in Anlage 2, darin erkennen Sie die Willkür des Staates:
Diese Grundrechte gelten nicht für Bürger mit Direktversicherungen. Menschen 2.Klasse?

Seit Jahren schreiben Mitglieder der bundesweit agierenden „Interessengemeinschaft GMG-Geschädigte-Direktversicherte“ (Streitgenossen nach § 73 Abs 2 Nr 2 SGG) an Politiker, deren lapidare Antwort: Versicherungsinhaber ist der Arbeitgeber, damit ist das eine Betriebsrente! Und das BVerfG urteilt: „... das ist zumutbar, das hat keine erdrosselnde Wirkung!“
Fakt ist: Die Verträge wurden unter falschen Voraussetzungen geschlossen, gutgläubige Arbeitnehmer wurden von der Politik getäuscht und „hinters Licht“ geführt. Das nennt man Wählerbetrug.

Die wahre Antwort gibt Lothar Binding (SPD/MdB) am 26.07.2014 „Die Wut bleibt“:
StN-Stadtschreibtisch Betriebsrente:

„Emotional war der Weg verkehrt. Doch ich muss ehrlich zugeben, dass es keine andere Idee gab, um das Loch in der gesetzlichen Krankenkasse zu stopfen ... Den Betriebsrentnern sei es gut gegangen, deshalb wurde das Modell gewählt“.

Bei dieser Einstellung muss man sich über Politikverdrossenheit und Wahlmüdigkeit nicht mehr wundern. Ein eindrucksvolles Beispiel, wie wir Bürger „verschaukelt“ werden, gab auch Dr. Dieter Thomae, selbst mal Mitglied des Petitionsausschuss und Unterzeichner der BT-DS 15/2472 auf der Expertentagung „Öffentliche Petitionen und Volksinitiative“ der Hanns-Seidel-Stiftung am 16.11.2010 in München:

„Sie können nicht erwarten, dass diejenigen, welche als Parlamentarier zuvor Gesetzen zugestimmt haben, nunmehr in Ihrer Funktion als Mitglieder der Fachausschüsse oder des Petitionsausschusses sich selbst anklagen oder korrigieren werden. Das müsse man ganz realistisch sehen.“

Damit wird der Petitionsausschuss vollends zur Farce und unsere Volksvertreter müssen sich nicht wundern, dass Millionen bitter enttäuschter Wähler bei den Wahlen mit den Füßen abstimmen, nämlich Zuhause bleiben. Mit dieser „Arroganz“ wird man unglaublich unwürdig.

Aktuell zur Maut: Heute hat EU-Kommissionspräsident Jean Claude Juncker seine Ankündigung umgesetzt, ein **Vertragsverletzungsverfahren** gegen Deutschland einzuleiten. Dies als weiterer Beweis, dass unsere Volksvertreter die Einhaltung von Verträgen nicht so ernst nehmen und nach eigenem Gutdünken handhaben. Die Chancen der EU-Kommission stehen jedenfalls besser als für uns Bürger, die dem Staat nicht auf der Tasche liegen wollten. Als Dank für deren Eigenvorsorge betrachtet man uns als reine „Melkkühe“ in der Annahme, wir werden die Kröte schon schlucken. Das ist Wählertäuschung „par excellence“!

Fazit:

Viele Bürger sind den Umfragen nach nicht mehr bereit, fürs Alter zu sparen. Mehr als sechs Millionen GMG-geschädigte Arbeitnehmer empfehlen jedem Gesprächspartner, auch im Internet aus leidvoller Erfahrung zu überlegen, was die bessere Variante ist: Entweder das redlich verdiente Geld zum eigenen Nutzen heute auszugeben, oder nach jahrzehntelangem Sparen vom Staat um seine Ersparnisse betrogen zu werden (kontraproduktiver kann ein Gesetz nicht mehr sein, die Politik schadet sich selbst).

! Solange letzteres der Fall ist und unsere aus Steuergeldern bestens versorgten Politiker diese Enteignung der Bürger nicht rückgängig machen, werden die Betroffenen dies bei Wahlen zum Ausdruck bringen und allen abraten, staatlichen Empfehlungen zu folgen.

Gewinner sind Arbeitgeber, Versicherungen und Krankenkassen (war das Absicht?).

Verlierer sind wir Bürger, aber auch die Politik,
deren Versprechungen nicht mehr geglaubt werden.

Die Überschrift in der Offenbach Post am 01.06.2015 lautet: „Auf Ehrlichkeit setzen“.

Wenn Sie sich selbst gegenüber ehrlich genug sind sollten Sie erkennen, mit dieser Art der Wählertäuschung kann man kein Vertrauen, auch keine Stimmen gewinnen. Und es werden täglich mehr Betroffene, die von ihrem „Glück“ noch gar nichts wissen.

Die bisherigen Erfahrungen lehren jedoch: Man weiß um die Ungerechtigkeit, aber ändern wird sich trotzdem nichts, zu stark ist die Lobby im Hintergrund. Und denen fühlt sich die Politik wegen der Spendengelder mehr verpflichtet als dem „gemeinen Volk“. Auch das ist eine Funktion der Demokratie!

Sehr geehrter Herr Tauber,

! jetzt liegt es an Ihnen und Ihren „Mitstreitern“, die notwendigen Konsequenzen für zukünftige Bürgerpolitik zu ziehen. Wenn wir Bürger unseren Volksvertretern wieder vertrauen können, dann hat die Partei der Nichtwähler ihre Berechtigung verloren.

Die Ungleichbehandlung in der Rentenversicherung (lebenslange eigene Beiträge, Orientierung am Durchschnitt aller Beitragszahler, alleinige Aufbüdung versicherungsfremder Leistungen, obwohl alle Bürger betreffend) im Gegensatz zu anderen Berufsgruppen (ohne eigene Beiträge nach 40 Dienstjahren 73,37 % des letzten Gehalts „www.beamtenpension.de“) sind Relikte aus vergangenen Zeiten und ebenfalls reformbedürftig. Auch hier zeigen Nichtwähler die „rote Karte“. Mehr dazu bei www.adg-ev.de:

- Versicherungsfremde Leistungen in der Arbeiter- und Angestelltenrentenversicherung
- Altersversorgung – Ungerechtigkeitstabelle ADG
- Versicherungsfremde Leistungen nach VDR/DRV von 1957 bis 2011 (Teufel-Tabelle)

Mit freundlichen Grüßen

gez. Horst Debusmann

„Interessengemeinschaft GMG-Geschädigte-Direktversicherte“ (Streitgenossen nach § 73 Abs 2 Nr 2 SGG)

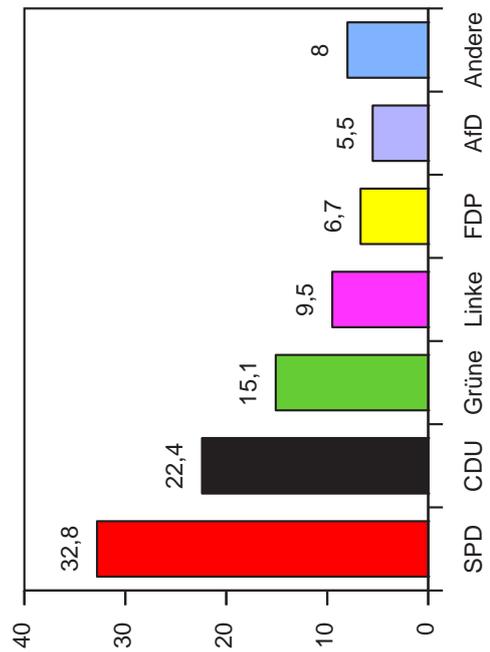
Anlage 1
 zum Schreiben vom 18.06.2015 an Peter Tauber (CDU)

Bürgerschaftswahl in Bremen am 10.05.2015

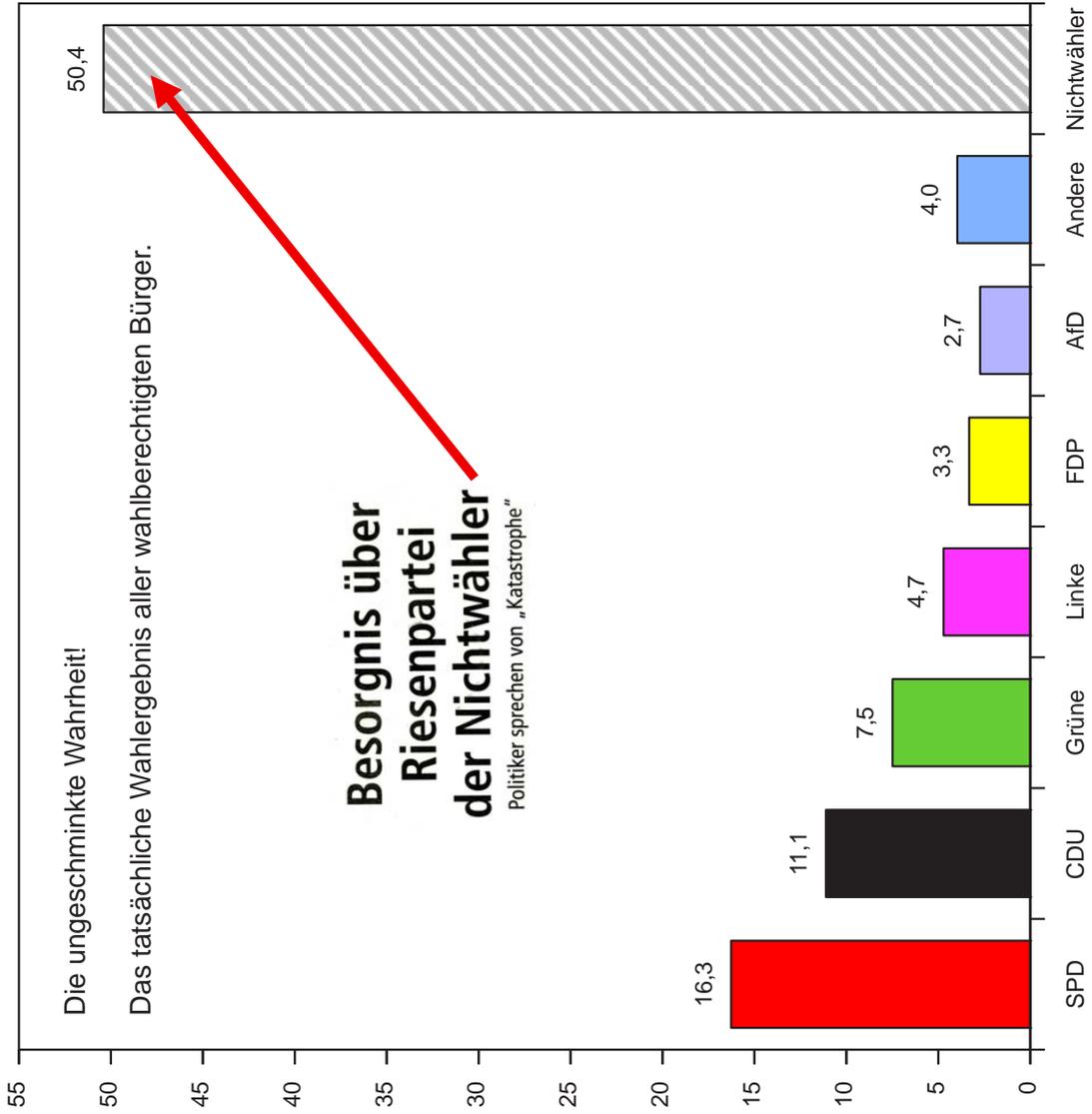
Wahlbeteiligung: 49,6 % !!!

Parteien	ohne Nichtwähler	mit Nichtwähler	%
SPD	32,8	16,3	
CDU	22,4	11,1	
Grüne	15,1	7,5	
Linke	9,5	4,7	
FDP	6,7	3,3	
AfD	5,5	2,7	
Andere	8,0	4,0	
Nichtwähler	100,0	50,4 !!!	100,0

So sehen es die Parteien



So sehen es die Bürger !



Zitate hochrangiger Regierungsmitglieder (nur eine kleine Auswahl):

Frau Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberg (FDP):

„... die rechtsstaatlichen Prinzipien müssen eingehalten werden!“

Dr. Westerwelle (FDP):

„Wir sind ein Rechtsstaat und in Deutschland gilt das Vertragsrecht.“

Unsere Bundeskanzlerin Frau Dr. Merkel (CDU):

„Wir sagen, dass wir die Gesetze, die wir uns selbst gegeben haben, auch wirklich einhalten wollen. Die Vergangenheit hat leider gezeigt, dass sich zu viele daran nicht gehalten haben.“

... Und leider hat die rot-grüne Bundesregierung unter meinem Vorgänger dabei auch keine besonders rühmliche Rolle gespielt, wie man dieser Tage wieder lesen kann.

... Demokratie lebt davon, dass die Verträge nicht nur in guten Zeiten gelten, wo man nicht an ihre Grenzen stößt, sondern dass Verträge auch in schwierigen Zeiten gelten, ist das klare Bekenntnis zur Gerechtigkeit.“

Unser Finanzminister Herr Dr. Schäuble (CDU):

„Wir haben Verträge in Europa, und die europäische Kultur hat auch damit etwas zu tun, dass man sich an geschlossene Verträge hält!“

„... sie (Anm.: die Schweiz) ändert ihre Gesetze nicht rückwirkend, das tun wir übrigens in Deutschland auch nicht“

„... wir werden die neue französische Regierung davon überzeugen, dass ein alter Satz der Grundlage der Rechtsordnung ist – pacta sunt servanda – die eingegangenen Verpflichtungen gelten“

Zur Kenntnis an:

- ADG – Aktion Demokratische Gemeinschaft e.V. (<http://www.adg-ev.de>)
- Büro für Altersdiskriminierung (www.altersdiskriminierung.de, suche: Direktversicherung)
- Interessengemeinschaft Geschädigte Direktversicherte (www.gmg-geschädigte.de)

Beiträge zur Altersvorsorge im Fernsehen (Auswahl)

ARD-Monitor am 15.11.2012

Private Altersvorsorge: Regierungsgeschenke für Versicherungskonzerne

ARD in „Hart, aber fair“ am 26.11.2012

Angespart, angelegt, angeschmiert – Armutsfalle private Vorsorge?

ARD-Monitor am 13.12.2012

Betriebsrente: Faule Versprechungen für Arbeitnehmer

SWR3 Sendung vom 06.02.2013:

Sparen für den Chef

Die Rente ist nicht sicher. Das hat inzwischen sogar Arbeitsministerin Ursula von der Leyen erkannt. Eine bisher wenig beachtete Mogelpackung ist die sogenannte Betriebsrente, die vor allem eins ist: ein Skandal.

Frontal vom 29. Oktober 2013

Enttäuschte Erwartung – Verluste bei Betriebsrenten

ARD Sendung PlusMinus am 15.01.2014

Betriebliche Altersvorsorge – Minusgeschäft für viele Rentner

Kommentare in der Sendung:

Ulrich Birk, Bamberger Professor für Sozialrecht, prangert in der ARD-Sendung „Plusminus“ an, dass bei der Rentenauszahlung der betrieblichen Altersvorsorge Krankenkassen- und Pflegeversicherungsbeiträge fällig werden.

„Die Rendite wird aufgefressen durch nachträgliche Abzüge in der Auszahlungsphase. Das ist eine nachträgliche Entwertung von Sparvorgängen. Das halte ich auch für skandalös, der Gesetzgeber ist zum Handeln aufgefordert und muss diese Fehlentwicklung zurücknehmen.“

Annelie Buntenbach vom DGB Bundesvorstand sagte:

„Gewerkschaften und Sozialverbände sehen einen riesigen Vertrauensverlust in die Politik. Das die Gerichte gesprochen haben, kann ja nicht den Gesetzgeber aus der Verantwortung entlassen. Wenn die Koalitionsparteien sagen, sie wollen die betriebliche Alterssicherung attraktiver machen, dann müssen sie hier ansetzen und die Ungerechtigkeit beseitigen.“

Ulrike Mascher, Präsidentin beim VdK Deutschland erklärt:

„Und das ist für mich so ein Punkt, wo gute Politik sich das noch mal anguckt und sagt: Nein, das wollen wir so nicht haben, das ändern wir. Im Interesse eines übergeordneten Vertrauensschutzes machen wir hier jetzt eine andere Regelung, die den Versicherten zu Gute kommt.“

BR3 Sendung vom 05.02.2015: **Ärger um Betriebsrente**

„Doch wer das macht und zum Beispiel eine betriebliche Altersvorsorge abschließt, kann böse auf die Nase fallen - der Wahnsinn!“